



Das sogenannte polizeiliche Führungszeugnis

Der Leiter der Feuerwehr muss bei Personalentscheidungen neben der fachlichen und gesundheitlichen Eignung auch die persönliche und charakterliche Eignung von Feuerwehrangehörigen beurteilen. Hier zu kann er nach § 1 Abs. 3 der LVO auch die Vorlage eines Führungszeugnisses verlangen. Dieses Führungszeugnis ist ein Auszug aus dem Bundeszentralregister. Dieses wird nicht durch die Polizei, sondern nach § 1 Abs. 1 BZRG vom Bundesamt für Justiz in Bonn geführt. Eingetragen werden hier insbesondere strafrechtliche Verurteilungen und Entscheidungen über die Schuldfähigkeit. Nach § 30 Abs. 1 S. 1 BZRG ist jeder Person, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag ein Zeugnis über den sie betreffenden Inhalt des Zentralregisters zu erteilen (Führungszeugnis). Der Antrag ist bei der Meldebehörde zu stellen. Die Übersendung des Führungszeugnisses an eine andere Person als den Antragsteller ist nicht zulässig. Eine Gewähr dafür, dass derjenige, der ein Führungszeugnis mit dem Vermerk "Keine Eintragung" vorlegt, nicht vorbestraft ist, besteht nicht. Denn in das Führungszeugnis werden unter anderem folgende Eintragungen nicht aufgenommen:

- die Verwarnung mit Strafvorbehalt nach § 59 des Strafgesetzbuchs,
- der Schuldspruch nach § 27 des Jugendgerichtsgesetzes,
- Verurteilungen, durch die auf Jugendstrafe von nicht mehr als zwei Jahren erkannt worden ist, wenn die Vollstreckung der Strafe oder eines Strafrestes gerichtlich oder im Gnadenwege zur Bewährung ausgesetzt oder nach § 35 des Betäubungsmittelgesetzes zurückgestellt und diese Entscheidung nicht widerrufen worden ist,
- Verurteilungen, durch die auf Jugendstrafe erkannt worden ist, wenn der Strafmakel gerichtlich oder im Gnadenwege als beseitigt erklärt und die Beseitigung nicht widerrufen worden ist,
- Verurteilungen, durch die auf
 - a) Geldstrafe von nicht mehr als neunzig Tagessätzen,
 - b) Freiheitsstrafe oder Strafhaft von nicht mehr als drei Monaten erkannt worden ist, wenn im Register keine weitere Strafe eingetragen ist.

Es ist also durchaus möglich, dass jemand wegen Brandstiftung eine Jugendstrafe von einem Jahr verbüßt hat oder ein Erwachsener wegen Missbrauchs von Notrufen eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen erhalten hat und das Führungszeugnis trotzdem keine Eintragung enthält.

Anderes gilt, wenn das Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde beantragt wird, also auch zur Vorlage bei der Gemeinde

im Fall des § 1 LVO FF. Nach § 30 Abs. 5 BZRG ist ein solches Führungszeugnis der Behörde (dem Bürgermeister der Stadt X) unmittelbar zu übersenden. Die Behörde hat dem Antragsteller auf Verlangen Einsicht in das Führungszeugnis zu gewähren. Der Antragsteller kann aber auch verlangen, dass das Führungszeugnis, wenn es Eintragungen enthält, zunächst an ein von ihm benanntes Amtsgericht zur Einsichtnahme durch ihn übersandt wird. In ein solches Führungszeugnis werden nach § 32 Abs. 3 bis Abs. 5 BZRG wesentlich mehr Eintragungen aufgenommen. Immer werden dann aufgeführt Straftaten nach den §§ 171 (Verletzung der Fürsorgepflicht), 180a, 181a (Ausbeutung von Prostituierten, Zuhälterei) 183 bis 184f (exhibitionistische Handlungen, Verbreitung pornografischer Schriften pp.) 225, (Misshandlung von Schutzbefohlenen) 232 bis 233a, 234, 235 oder § 236 (Menschenhandel pp.). Auch ein solches Zeugnis enthält nicht zwingend Eintragungen über Delikte wie Diebstahl, Körperverletzung oder sogar Brandstiftung.

Gleiches gilt für das neu eingeführte erweiterte Führungszeugnis nach § 30 a BZRG. Dieses ist nach § 32 Abs. 3 bis Abs. 5 BZRG vom Inhalt identisch mit dem Zeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Abs. 5 BZRG. Für den Leiter der Feuerwehr bringt dieses erweiterte Führungszeugnis also im Bereich von Personalentscheidungen keine Vorteile. Wird das Führungszeugnis nicht vorgelegt, kann die Gemeinde das Führungszeugnis auch nach § 32 BZRG selbst anfordern. Nach dieser Vorschrift erhalten Behörden über eine bestimmte Person ein Führungszeugnis, soweit sie es zur Erledigung ihrer hoheitlichen Aufgaben benötigen und eine Aufforderung an den Betroffenen, ein Führungszeugnis vorzulegen, nicht sachgemäß ist oder erfolglos bleibt. Die Behörde hat dem Betroffenen auf Verlangen Einsicht in das Führungszeugnis zu gewähren. Die Anforderung gem. § 32 BZRG beim Bundesamt für Justiz sollte auf dem Briefkopf der Gemeinde – also der Bürgermeister der Stadt Musterhausen – und dann z. B. Ordnungsamt - Abt. Feuerschutz oder Leiter der Feuerwehr verwandt werden. Anforderung eines Führungszeugnisses nach § 32 BZRG wird mit nichtamtlichen Briefbögen dem Leiter der Feuerwehr nicht gelingen, da dann das Bundesamt für Justiz nicht erkennen kann, dass eine Behörde anfordert.

Eine unbeschränkte Auskunft über alle Eintragungen im Bundeszentralregister kann der Leiter der Feuerwehr nicht erlangen. Sie wird nach § 41 BZRG nur bestimmten Behörden, z. B. Staatsanwaltschaften, der Kriminalpolizei und den Gerichten erteilt. Gemeinden zählen nicht dazu.

Ralf Fischer